

Die gute Nachricht zum neuen Jahr: Rückgang der EU-Arbeitslosenquote um 0,7 Prozent

## Erwerbstätigenzahl in Europa erreicht neuen Rekordwert

Die Zahl der Beschäftigten in der EU erreichte im dritten Quartal 2018 mit knapp 240 Millionen Menschen einen neuen Rekord.

Der größte Teil der neuen Arbeitsplätze sind Dauer- und Vollzeitarbeitsplätze. Das geht aus dem jüngsten Vierteljahresbericht der EU-Kommission über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa hervor. Im zweiten Quartal 2018 waren demnach die Dauerarbeitsplätze im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,7 Millionen gestiegen. Die Beschäftigungsquote lag in diesem Zeitraum bei 73,2 Prozent.

Wir nähern uns damit unserem Ziel, bis 2020 eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent in der EU zu erreichen.

Der Bericht zeigt, dass die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 2,3 Millionen stieg, während die Zahl der Teilzeitjobs stabil blieb. Die Beschäftigung stieg in allen Sektoren (mit Ausnahme der Landwirtschaft) im Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres. Den stärksten Anstieg verzeichnete der Dienstleistungssektor. Die Arbeitslosenquote in der EU ging weiter zurück: Im Oktober 2018 lag sie bei 6,7 Prozent und im Euroraum bei 8,1 Prozent, was einem Rückgang um jeweils 0,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die schlechte Nachricht zum neuen Jahr: Frontex-Aufstockung und Ende der Zeitumstellung verschieben sich um Jahre  
**„Die Argumente sind lächerlich und scheinheilig!“**

Die Mitgliedstaaten bremsen mal wieder: Die Aufstockung von Frontex und die Abschaffung der Zeitumstellung verschieben sich um mehrere Jahre.

Das ist wieder typisch für die Mitgliedstaaten: Die EU liefert Vorschläge und Gesetzentwürfe, aber die Dossiers bleiben im EU-Ministerrat „hängen“. Die nationalen Minister können sich im schlimmsten Fall überhaupt nicht einigen, oder verschieben – wie jetzt geschehen – dringende Gesetzesänderungen um mehrere Jahre. Ich wage sogar die Behauptung, hier wird bewusst torpediert! Später heißt es dann wieder: „Brüssel“ kriegt nichts auf die Reihe. Dass sowohl EU-Kommission als auch Europäisches Parlament geliefert haben, wird leider konsequent übersehen.

Die beiden jüngsten Beispiele, bei denen der Ministerrat in meinen Augen klar versagt hat, sind besonders niederschmetternd. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex sollte

eigentlich bis 2020 auf 10.000 Beamte wachsen. Die Innenminister der Länder haben sich jedoch auf das Jahr 2027 verständigt. Die Argumente sind lächerlich und scheinheilig! Derzeit sind 700 eigene Mitarbeiter und 1300 von den Mitgliedstaaten entsandte Grenzschützer im Einsatz – bei weitem nicht genug, um die betroffenen Küstenstaaten beim aktuellen Andrang an den EU-Außengrenzen, also unseren Grenzen, zu unterstützen.

Das zweite Beispiel trifft mich persönlich ganz besonders: Das EU-Parlament strebt – unter anderem auf meinen Vorschlag hin – das Ende der Zeitumstellung für dieses Jahr an. Die EU-Kommission ist einverstanden und hat bereits alles vorbereitet. Der Ministerrat plädiert allerdings auf „frühestens“ 2021. Auf sechs Monate wäre es mir nicht angekommen, aber gleich zwei Jahre – dieser Aufschub ist mir völlig unverständlich, gerade weil das Thema nicht überraschend kam. Wir reden seit zehn Jahren darüber!

## Aus dem Europäischen Parlament

Unterhändler von EU-Parlament und Ministerrat haben sich auf neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos geeinigt

### „Sind die Grenzwerte in der Realität wirklich erreichbar?“

Das EU-Parlament und der Rat haben sich auf neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ab dem Jahr 2030 geeinigt. Das ist ein Fortschritt.

Demnach müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen im Flottenschnitt dann um 37,5 Prozent (Pkw) und um 31 Prozent (Nutzfahrzeug) unter den bereits beschlossenen Emissionslimits von 2021 liegen. Bis 2025 gilt ein völlig überflüssiges Reduktionsziel von 15 Prozent. Ich bin mir nicht sicher, ob unsere Unterhändler Grenzwerte vereinbart haben, die in der Realität erreichbar sind. Allerdings hatten noch vor wenigen Monaten einige Fraktionen in unserem Haus Re-

duzierungen von 50 bis 75 Prozent bis 2030 gefordert! Das hätte tausende Arbeitsplätze in Europa zerstört und die Emissionen nur vom Auspuff in die Kraftwerke verlagert. Begrüßenswert finde ich zudem, dass es bei dem Anreizmechanismus für Null- und Niedrigemissionsfahrzeuge nicht mehr um eine Zwangsquote für Elektrofahrzeuge geht. Denn neben der Elektromobilität gibt es bereits viele weitere Technologien, die den Schadstoffausstoß im Verkehrssektor nachhaltig begrenzen können. Diese Technologien dürfen wir nicht durch Gesetzgebung vom Wettbewerb ausschließen! Die neue Verordnung muss noch förmlich angenommen werden, bevor sie in Kraft treten kann.

EU-Parlament hat neuen Etat für Infrastrukturförderprogramm „Connecting Europe Facility“ (CEF) beschlossen

### Infrastruktur weiter ausbauen: Verkehr, Energie und Digitalisierung

Wir EU-Parlamentarier haben den Etat für das Flaggschiff-Programm der EU zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen beschlossen, um die Modernisierung und den Ausbau der europäischen Infrastrukturen auch nach 2020 zu gewährleisten. Wir wollen die „Connecting Europe Facility“ (CEF) für die Jahre 2021-2027 mit 43,85 Milliarden Euro ausstatten. Davon sollen 33,5 Milliarden für den Verkehr, 7,68 Milliarden für Energieprojekte und 2,66 Milliarden für die Digitalisierung verwendet werden. Sie alle werden von diesem Programm richtig profitieren!

Die Mitgliedstaaten müssen unserem Vorschlag noch zustimmen. Die CEF wird unter anderem Projekte des eu-

ropäischen Verkehrsnetzes teilfinanzieren, wobei der Schwerpunkt auf fehlenden und grenzüberschreitenden Verbindungen liegt. 60 Prozent der CEF-Gelder werden Klimaschutzmaßnahmen zugutekommen. Der Fokus der transeuropäischen Energieinfrastruktur liegt zunehmend auf Stromverbindungen, Stromspeichern und intelligenten Netzen. Ein wichtiges Element in der neuen CEF werden deshalb auch Maßnahmen sein, die zum Zugang zu Netzwerken mit sehr hoher Kapazität beitragen und Gigabit-Konnektivität einschließlich 5G bereitstellen. Ob es Deutschland mit Hilfe der EU schafft, den „letzten Platz“ bei der Versorgung mit schnellem Internet zu verlassen?

#### Bitte fallen Sie nicht auf gefälschte CE-Kennzeichnung herein!

Jedes Gerät muss in der EU die CE-Kennzeichnung tragen. Damit versichert der Hersteller, dass sein Produkt den maßgeblichen EU-Richtlinien entspricht. Nicht immer ist das CE-Zeichen auf Elektrogeräten oder -zubehör jedoch echt. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen warnt, dass bereits WLAN-Verstärker, Leitungsschutzschalter, Steckdosenadapter oder Netzteile aus Fernost mit gefälschtem CE-Kennzeichen aufgetaucht sind. Sie sehen auf den ersten Blick aus wie das gewohnte Zeichen. Wer aber genauer hinschaut, erkennt den Unterschied: Bei einer Fälschungsvariante stehen das C und das E zu dicht beieinander. Bei der anderen Variante ist der mittlere Strich im E zu lang. Mit diesen falschen und unrechtmäßig angebrachten Kennzeichen sollen die Erwartungen der Käufer vordergründig erfüllt werden, letztlich übernimmt der Hersteller aber keinerlei Verantwortung für sein Produkt. Verbraucher sollten neben dem korrekten CE-Zeichen auch auf den Firmennamen und die Adresse des Herstellers achten, raten die Verbraucherschützer. Nur mit der Gesamtheit dieser Angaben darf ein Produkt in der Europäischen Union verkauft werden.

Für Sie aufgestöbert: Thüringer Projekte, die mit EU-Fördermitteln unterstützt wurden

### Ziel: Quote der Schulabgänger ohne Abschluss reduzieren



„Wir sind Klasse“ heißt das Kooperationsprojekt von KiK e.V. und der Thomas-Mann-Regelschule in Erfurt, das mit rund 250.000 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird.

Um die hohe Anzahl ihrer Schüler ohne Schulabschluss zu senken, hat sich die Erfurter Regelschule „Thomas Mann“ mit dem Verein für mobile und gemeindenaher Sozialarbeit – KiK e.V. zusammengetan. Das Projekt „Wir sind Klasse“ kümmert sich um Schulschwänzer, ausländische Kinder und Jugendliche sowie um deren Eltern und Angehörige. Vor Beginn der Maßnahme im März 2016 betrug die Schwänzerquote an der Schule teilweise bis zu 60 Prozent.

185 Jugendliche nehmen an dem Projekt teil. Sie sollen ein besseres Willkommensklima in der Schule erleben und individuell ganzheitlich gefördert werden. Die Kern-

struktur der Maßnahme bilden die „Kümmerschule“, die „Konfliktschule“, die „Aktivschule“ und die „Draußenschule“. Letztere soll durch kontinuierliche Praxistage, thematische „Stadtausflüge“, Betriebserkundungen sowie Service-Lernen in sozialen Bereichen die Selbsterfahrungen der Jugendlichen fördern. Der hohe Anteil des Lernens am anderen Ort stärkt den Akteursstatus und bildet die Gegenerfahrung zum vermeidenden Verhalten. Gleichzeitig dienen die Praxis-Erfahrungen als Korrektiv und ermöglichen einen realistischeren Berufswahlprozess. Ziel ist es unter anderem, bis zum Projektende im Juli dieses Jahres die Quote der Abgänger ohne Abschluss an der Gesamtschule auf unter zehn Prozent zu reduzieren.

Wenn auch Sie Ideen für ein ähnliches Projekt haben und sich für eine Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds interessieren, finden Sie hier mehr Informationen:

<http://www.esf-thueringen.de>

Mein Tipp für Thüringer Kommunen: Bund fördert Fahrradstellplätze

### Anteilige Finanzierung von 40 Prozent für attraktive Stellplätze

Das Bundesumweltministerium und die Deutsche Bahn haben eine Bike+Ride-Offensive gestartet, damit mehr Pendler vom Auto aufs Fahrrad umsteigen. Sie unterstützen Gemeinden, die an Pendlerbahnhöfen attraktive Radabstellplätze schaffen, die Schutz vor der Witterung und Diebstahl bieten. Das Bundesumweltministerium stellt eine anteilige Finanzierung in Höhe von 40 Prozent zur Verfügung. Außerdem unterstützt die Deutsche Bahn

Kommunen bei der Suche nach geeigneten Standorten im Bahnhofsumfeld und bei der Planung und Montage der Anlagen.

Bis Ende 2022 sollen 100.000 zusätzliche Bike+Ride-Plätze deutschlandweit errichtet werden. Anträge können ab sofort gestellt werden. Weitere Informationen zur Bike+Ride-Offensive finden Sie hier:

<https://www.klimaschutz.de/bikeandride>

#### Unterstützung bei der Antragstellung für Horizont 2020: Innovationsgutscheine für Thüringer KMU

Einige Bundesländer bieten Unternehmen sogenannte Innovationsgutscheine zur Unterstützung der Antragstellung in Horizont 2020 an. Mit einem Zuschuss von bis zu 50.000 Euro ist ein entsprechendes Angebot für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Thüringen besonders attraktiv: In der FTI-Richtlinie bietet der Freistaat Innovationsgutscheine für verschiedene Drittleistungen an, beispielsweise für Aufträge und Dienstleistungen. Der Typ A ist für die Vorbereitung von FuE-Kooperationsprojekten vorgesehen, dazu gehören auch EU-Projekte. Antragsberechtigt sind KMU und Forschungseinrichtungen mit nichtwirtschaftlichem Betrieb. Die Förderung umfasst einen Zuschuss von maximal 50.000 Euro (Förderquote: 70 Prozent für kleine und 60 Prozent für mittlere Unternehmen). Erfahren Sie mehr unter: <https://www.aufbaubank.de/Foerderprogramme/TEC-FTI-Richtlinie>

## Service und Termine

### ★ Schulen für Jugendliche aus EU-Ausland gesucht

Beim Prämienprogramm „Deutschland Plus“ lernen Jugendliche zwei Wochen lang den deutschen Schulalltag kennen. Das Sprachkursprogramm richtet sich an Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen im Ausland, die sich im Fach Deutsch ausgezeichnet haben. Begleitet werden die Gruppen von einer Deutschlehrkraft aus ihrem Heimatland. Die Mittel für die Organisation des Aufenthalts werden durch das Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt. Unter anderem für Gruppen aus Dänemark, Polen und Rumänien werden für den Sommer 2019 – entweder kurz vor den Sommerferien oder zu Beginn des neuen Schuljahres – noch Gastschulen gesucht. Interessierte Schulleitungen können bis zum 18. Januar melden: [www.kmk-pad.org/programme/deutschland-plus.html](http://www.kmk-pad.org/programme/deutschland-plus.html)

### ★ Wettbewerb „Young Europe – Dein Europa“

Die TUI Stiftung veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Think Tank „iRights.Lab“ einen Jugendwettbewerb unter dem Namen „Young Europe“. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 26 Jahren werden dazu aufgefordert, auf kreative Art und Weise ihre Gedanken und Ideen zum Thema Europa einzureichen. Als Preis wird eine Reise über drei Tage nach Brüssel angeboten. Einsendeschluss ist der 20. Januar. Alle weiteren Infos gibt es hier: <https://young-eu.com/>

### ★ Deutsch-moldauische Plattform „Europa im Blick“

Die deutsch-moldauische Plattform „Europa im Blick“ ist online. Mehr als 20 Journalistinnen und Journalisten aus Deutschland und der Republik Moldau präsentieren ihre Recherchen zu den Themen deutsch-moldauische Beziehungen, europäische Nachbarschaftspolitik und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Neben Artikeln sind auch Podcasts, Interviews und Filme abrufbar. Die Plattform bietet vielfältige Einblicke in die Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihrer Zivilgesellschaften – etwa

in die moldauischen Parlamentswahlen im Februar 2019, die Korruptionsprävention und die Straßenkunst in beiden Ländern. <http://www.europe-in-sight.eu/>

### ★ Aktueller Stand zu zwei Handelsverträgen

Die EU-Kommission hat einen Bericht sowie die sechs ersten Textvorschläge zum Handelskommen mit Australien veröffentlicht, genauso wie sechs Vorschläge und einen Bericht über die Verhandlungen mit Neuseeland: [https://ec.europa.eu/germany/news/australienneuseeland20181213\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/australienneuseeland20181213_de)

### ★ Programmleitfaden „EfBB 2019“ ist da

Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur hat auf ihrer Internetseite den Programmleitfaden 2019 für das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) eingestellt. Er ist als Anleitung für alle gedacht, die an der Konzeption von Projekten im Rahmen des Programms interessiert sind. Außerdem werden die Programmziele und die Arten förderfähiger Aktivitäten erläutert. Ab 2019 haben nun auch Einzelpersonen unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit einer Antragstellung. Weitere Informationen finden Sie hier: [https://eacea.ec.europa.eu/europa-fur-burgerinnen-und-burger\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/europa-fur-burgerinnen-und-burger_de)

### ★ Antragswerkstatt: Erfolgreich in Erasmus+

Sie möchten 2019 im Bereich Erwachsenenbildung eine Erasmus+ Strategische Partnerschaft beantragen? Die Antragswerkstatt der „Nationalen Agentur Bildung für Europa“ bietet Ihnen am 13. Februar in Bonn die Möglichkeit, sich umfassend vorzubereiten. Sie erfahren, woran Sie bei der Entwicklung Ihres Projekts und der Formulierung Ihres Antrags denken sollten und bekommen die Gelegenheit, Ihre Ideen zu diskutieren und inhaltlich weiterzuentwickeln. Anmeldefrist ist der 30. Januar. Mehr Informationen gibt es unter: <https://bit.ly/2TxHZtX>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP  
Europabüro  
Frauenplan 8  
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07  
Fax 03643 50 10 71  
[www.europaabgeordneter.eu](http://www.europaabgeordneter.eu)  
[info@europaabgeordneter.eu](mailto:info@europaabgeordneter.eu)  
[www.facebook.com/europaabgeordneter](https://www.facebook.com/europaabgeordneter)



CDU



## Das Europäische Parlament und der Europa-Rat

### Kennen Sie den Unterschied?

Es gibt 2 Gebäude in Straßburg, die einen sehr ähnlichen Namen haben.

Das eine ist das Europäische Parlament.

Das andere ist der Europa-Rat.

Viele Menschen verwechseln die beiden Gebäude, weil sie so ähnlich klingen.



### Das Europäische Parlament

Im Europäischen Parlament sitzen 751 Abgeordnete aus der ganzen EU.

Einer davon bin ich.

Zur EU gehören 28 Mitglieds-Länder.

So zum Beispiel Deutschland,

Frankreich, Polen, Italien und Spanien.

Im Europäischen Parlament machen wir Gesetze für die ganze EU.



### Der Europa-Rat

Auch der Europa-Rat hat eine Art Parlament.

Dieses heißt: Parlamentarische Versammlung.

Darin sitzen Abgeordnete aus 47 Ländern.

Zu diesen Ländern gehören alle 28 Länder von der EU.

Andere Länder sind zum Beispiel: die Türkei, Aserbaidschan und Russland.



### Was macht der Europa-Rat?

Der Europa-Rat wurde noch vor der EU gegründet.

Er setzt sich für gemeinsame Grund-Werte ein.

Ein Grund-Wert ist, dass alle Menschen bestimmte Rechte haben.

Die Menschen dürfen zum Beispiel ihre Meinung sagen und sie dürfen wählen gehen.

### Die Todes-Strafe gibt es nicht mehr

Der Europa-Rat hat auch die Todes-Strafe abgeschafft.

Das war im Jahr 1997.

Alle Mitglieds-Länder im Europa-Rat müssen sich daran halten.

Das ist auch der Grund, warum das Land

Weiß-Russland nicht zum Europa-Rat gehören darf.

Dort gibt es die Todes-Strafe nämlich noch.



### Ein gemeinsames Haus

Bis 1999 haben sich die Abgeordneten von dem EU-Parlament und dem Europa-Rat im gleichen Haus getroffen.

Nur zu unterschiedlichen Zeiten.

Da aber immer mehr Länder neu zur EU dazugekommen sind, wurde das Haus zu klein für das EU-Parlament.

Das EU-Parlament hat sich dann ein eigenes Haus gebaut.

Und zwar gleich nebenan.



### Gleiche Fahne, gleiches Lied

Die Europa-Fahne hat der Europa-Rat erfunden.

Die EU fand sie sehr schön und hat sie dann auch für sich genommen.

Auch die Hymne hat die EU vom Europa-Rat übernommen.

Die Hymne ist das Lied, das alle gemeinsam singen, wenn es einen besonderen Anlass gibt.

